

Antrag

der Abgeordneten **Hafenecker, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner**
und **Sulzberger**

betreffend: **NEIN zu einem Bundesheer-Battlegroup Einsatz in Libyen**

Seit fast zwei Monaten nimmt die Weltöffentlichkeit Anteil an den politischen Umbrüchen im arabischen und nordafrikanischen Raum. Während sich in Ägypten ein gewaltloser Systemwechsel abgezeichnet hat, wird in Libyen noch um eine Änderung des politischen Gefüges gerungen.

Auf dringende Intervention des französischen Präsidenten Sarkozy begann die NATO am 20. März 2011 mit Luftangriffen auf militärische Ziele in Libyen, um damit die Rebellen gegen das Gaddafi-Regime zu unterstützen. Am 31. März 2011 zogen sich die USA, die den Lufteinsatz bis dato geleitet hatten, zurück und übergaben das Kommando an die NATO, die dieses seither innehat.

Die USA wollten damit vermeiden, einen weiteren Krieg gegen ein islamisches Land führen zu müssen.

In Libyen haben sich die regulären Truppen mittlerweile auf die NATO-Luftangriffe eingestellt und einen Strategiewechsel durchgeführt. Es wird daher immer schwieriger, ohne den Einsatz von Bodentruppen, in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen.

Mit der Begründung der humanitären Notwendigkeit wird daher bereits seitens der EU der Einsatz der Battlegroups geplant. Bei diesen Battlegroups handelt es sich um Einheiten, die ständig für Blitzeinsätze bei etwaigen Krisen bereitstehen müssen; im ersten Halbjahr 2011 sind das neben schwedischen Truppen auch 180 österreichische Bundesheersoldaten.

BM Darabos hat mittlerweile bestätigt, dass es diese Vorbereitungen gibt und bereits Stabsoffiziere mit der Erkundung der Situation beauftragt sind. Ein tatsächlicher Einsatz mit dem Namen EUFOR-Libya steht daher unmittelbar bevor.

Neben humanitären Aufgaben wären die Battlegroups auch verpflichtet, die Rebellen unter Einsatz von Waffengewalt vor den Gaddafi Truppen zu schützen. Damit würden unsere Soldaten mit zu einer Partei in diesem Konflikt.

Nicht nur, dass dieser Einsatz ein vollkommen unkalkulierbares Risiko für unsere Soldaten darstellt, handelt es sich dabei auch um einen Verstoß gegen die in der Verfassung festgeschriebene Neutralität Österreichs.

Das österreichische Bundesheer hat den klaren Auftrag den Heimatschutz Österreichs sowohl im Katastrophenfall, als auch im Bereich der inneren Sicherheit zu gewährleisten. Brandgefährliche Abenteuer in der nordafrikanischen Wüste zählen ganz bestimmt nicht zum Aufgabenbereich unserer Truppen. Darüber hinaus ist auch von sicherheitspolitischer Seite nicht darüber gesprochen worden, inwieweit sich das Gefahrenpotenzial im Hinblick auf mögliche Terroranschläge, etwa auf den in NÖ gelegenen Flughafen oder die OMV-Raffinerie in Schwechat, erhöhen wird. Der Großteil der Soldaten der Battlegroup stammt aus niederösterreichischen Kasernen. Im Gegensatz zu BM Darabos, der hier tote und verletzte Soldaten in Kauf nimmt, sind wir uns unserer Verantwortung als Politiker dieses Landes bewusst und sagen daher ein klares NEIN zu diesem Einsatz.

Ein Einsatz der Battlegroup gefährdet die Sicherheit unserer Soldaten, setzt die innere Sicherheit Niederösterreichs aufs Spiel und steht in massivem Widerspruch zur in der Verfassung deklarierten Neutralität Österreichs.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und sich klar gegen die Entsendung einer österreichischen Battlegroup für den Libyen-Einsatz auszusprechen“.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 12. Mai 2011 möglich ist.